



Bierstößiger Abonnementspreis in Breslau 2 Zfr., außerhalb incl. Porto 2 Zfr. 1/2. Sgr. Einzelnummern 1/4 Zfr. 1/2. Sgr. Sonntagsblätter 1/4 Zfr. 1/2. Sgr.

Expedition: Sternstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter die Abnahme der Zeitung, welche am Montag einmahl, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 234. Mittag-Ausgabe.

Bierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 22. Mai 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Triest, 21. Mai. Hier sind Nachrichten aus Athen und aus Konstantinopel, aus beiden Orten vom 16. d., eingetroffen.

In Athen ist ein neues Ministerium gebildet: Ruskos, Präsident; Kondides, Inneres; Kommanduros, Finanzen; Zatis, Justiz; Delhamie, Aeußeres; Bogaris, Krieg; Kanaris der Jüngere, Marine; Callifronas, Kultus. Die Nationalversammlung votirte den Schutzmächten einen Dank für die bisherigen Wohlthaten.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß Nubar Bey einen Firman, der die Verpflichtungen des Vicekönigs von Egypten gegen Herrn von Lesspess sanctionirt, zu erwirken hofft. Die Ischeressen beabsichtigen bei den europäischen Mächten darüber Beschwerde zu führen, daß ischeressische Schiffe in den türkischen Gewässern von russischen Kreuzern aufgebracht worden; sie sind mit Abfassung einer Denkschrift beschäftigt, welche sie den hiesigen Gesandtschaften zustellen wollen.

Krakau, 20. Mai. Warschauer Nachrichten zufolge meldete Großfürst Konstantin dem Kaiser in einem Berichte über die militärische Lage, daß die russische Armee im Königreich Polen vom Beginn der Insurrection bis jetzt durch den Kampf mit den Insurgenten und durch Krankheiten einen effectiven Abgang von 25,000 Mann erlitten habe.

Lemberg, 20. Mai. Nach eben eingelangten Berichten herrscht in den angrenzenden Bezirken Podoliens und Wolhyniens Ruhe.

Lemberg, 21. Mai. Nach Berichten aus Hussiatyn ist im hucsincker, bradlawer, olhopolsker und proskutomer Bezirke am 19ten d. M. der Aufstand ausgebrochen. Von der Universität Kiew sind 1000 Studirende nach Berdycew zu den Aufständischen gegangen.

Madrid, 21. Mai. Die Kerkerstraße der verurtheilten Protestanten ist in Verbannung auf eine gleiche Anzahl Jahre verwandelt worden.

Brüssel, 21. Mai. Der Senat hat die mit Preußen abgeschlossenen drei Verträge einstimmig genehmigt. Nur über den Vertrag wegen des literarischen Eigenthums machte ein Senator einige Bemerkungen, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten widerlegte.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

46. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (21. Mai.)

Präsident Gradow eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Abgeordneten gruppiren sich lange vor Beginn der Sitzung in der lebhaftesten Unterhaltung und discutiren die namentlich durch das Erscheinen des Ministerpräsidenten im Parlamentsgebäude veranlaßten Gerüchte. Die Tribünen und Logen (auch die diplomatische) sind dicht gefüllt.

Am Ministerpräsidenten erscheint sofort nach Eröffnung der Sitzung der Ministerpräsident v. Bismarck. (Großes Aufsehen.)

Der Präsident beginnt mit geschäftlichen Mittheilungen, die er unter gespanntester Erwartung des Hauses erledigt. Darunter befindet sich u. a. der im Herrenhause abgeordnete Gesandtenbericht über die Schiffsmannschaften und die von demselben gefaßten Beschlüsse hinsichtlich des Verwaltungsbezirks der Staatschuldencommission. Dieselben werden den betreffenden Commissionen überwiesen. Ferner theilt er den Eingang von einer Anzahl Ergebenheitsadressen an das Abgeordnetenhaus mit. Auch Mißtrauensadressen sind eingegangen, darunter von einem Gymnasialdirector Held, von der patriotischen Vereinigung zu Königsberg u. s. w. — Darauf theilt der Präsident mit, daß er von dem Vorsitzenden des Staatsministeriums ein Schreiben erhalten, wonach der Ministerpräsident vor der Tagesordnung das Wort verlangt, ich ertheile ihm dasselbe.

Ministerpräsident v. Bismarck (erhebt sich): Ich bin von Sr. Majestät beauftragt, folgende königliche Botschaft mitzutheilen. — Das Haus erhebt sich. Der Ministerpräsident verliest die telegr. (i. heutiges Morgenblatt) mitgetheilte königliche Botschaft.

Sogleich nach Verlesung der Botschaft verläßt der Ministerpräsident den Saal; die Abgeordneten setzen sich nieder.

Präsident Gradow: Ich constatire zunächst, daß die königl. Botschaft von dem gesammten Staatsministerium gegengezeichnet ist. Ich bin nun der unmaßgeblichen Ansicht, daß das Haus an seiner heutigen Tagesordnung nichts ändern und die tgl. Botschaft der Adreßcommission überweise zur Stellung etwaiger Anträge. (Bravos.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: Er könne dem Antrage des Präsidenten nicht beitreten. Derselbe würde eine Nichtachtung der königl. Botschaft in sich schließen, da die heutige Tagesordnung, der Bericht der Adreßcommission unter andern Voraussetzungen beschloßen worden sei. Er beantragte daher, die Sitzung zu vertagen und die tgl. Botschaft einer besonderen Commission zu überweisen.

Abg. Birchow beantragte, die Botschaft an die Adreß-Commission zu überweisen zur Prüfung, ob und welche Antwort auf dieselbe besonders zu erlassen sein möchte. Er sehe keinen Grund für Verweisung an die Geschäftsordnungs-Commission, da dieselbe alle in ihr Bereich bei dieser Gelegenheit fallenden Fragen bereits weitläufig erörtert habe. Die königliche Botschaft gehe von einer irrthümlichen Voraussetzung aus, daß nämlich der Vice-Präsident, v. Bodum-Dolfs, von seiner Disciplinarbefugniß Gebrauch gemacht. Er habe bereits in der Sitzung vom vorigen Sonnabend dem Abg. v. Gottberg aus den stenographischen Berichten nachgewiesen, daß es sich nicht um eine disciplinarische, sondern um eine einfache Unterbrechung gehandelt. Das Ministerium habe also Sr. Majestät irrthümlich die Sache dargestellt. (Bravos.) und falsche Voraussetzungen seiner Entschließung unterbreitet. Das Haus dürfe nunmehr verpflichtet sein, auch diesen Punkt in der Adresse zu berühren und Sr. Majestät auch in dieser Beziehung zu zeigen, was für Rathgeber er habe. (Wiederholtes Bravo.)

Abg. v. Sybel schließt sich den Ausführungen des Vordröners an.

Abg. v. Unruh: Die königliche Botschaft anticipire bereits die Antwort auf einzelne Stellen der Adresse. Er würde als Referent der Adreßcommission sich deshalb in Verlegenheit befinden, wie er sich dieser Antwort gegenüber zu verhalten habe. Deshalb trete er dem Antrage des Abgeordneten Birchow bei, bitte indes die Verhandlungen über die Adresse nur auf wenige Stunden oder höchstens bis morgen zu vertagen. — Abg. Graf Schwerin: Er schließt sich mit seinen Freunden dem Antrage des Abg. Birchow an. Gegenwärtig sei nichts anders zu thun, als zu untersuchen, ob Veranlassung vorliege, die Adresse zu ändern, oder in der ganzen Frage überhaupt einen andern Standpunkt einzunehmen. — Abg. v. Bodum-Dolfs: Auch er trete dem Antrage des Abg. Birchow bei und werde in der Adreßcommission deren Mitglied er sei, Gelegenheit nehmen, darzutun, in wie fern die in der allerhöchsten Botschaft gestellten Suppositionen irrig seien; sein Verfahren biete im Hause zu rechtfertigen, halte er für unangemessen.

Präsident Gradow will hierauf den Antrag des Abg. Birchow zur Abstimmung bringen, den er so aufgestellt, als solle die nächste Sitzung morgen stattfinden. — Abg. v. Sybel remonstrirt hiergegen, da er es nicht für angemessen erachte, die Verhandlungen durch einen bestimmten Termin zu binden. Auch habe der Abg. Birchow wohl nicht die Absingung der nächsten Sitzung auf morgen beantragt. — Abg. Birchow ist dagegen mit der Auffassung des Präsidenten einverstanden. — Abg. v. Vinde (Stargardt) verzichtet auf das Wort. — Hierauf wird der Antrag des Abg. Birchow einstimmig angenommen.

Präsident Gradow schließt die Sitzung um 10 Uhr, nachdem er die Mitglieder der Adreßcommission ersucht, sich binnen einer Stunde in ihrem Beratungszimmer einzufinden. Nächste Sitzung: wahrscheinlich morgen.

Berlin, 20. Mai. [Amtliches.] Sr. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath

Wendland beim Revisions-Kollegium für Landeskulturachen, zu Berlin, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Konful Fehrmann zu Walparaiso, dem Regierungs-Secretair, Kanzlei-Rath Heynisch zu Bromberg und dem Kreis-Wundarzt Buerger zu Arnswalde den königl. Kronen-Orden vierter Klasse, so wie dem Steiner-Auffseher Schlesiger zu Udernach im Kreise Mayen und dem Gefangenen-Auffseher Schilling zu Trier das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Director der Hebammen-Lehr-Anstalt Dr. Everken zu Paderborn; und dem gräflich Stolbergischen Kreis-Physikus Dr. Friederich zu Wernigerode den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

[Zur königlichen Botschaft.] Da der „St.-Anz.“ gestern Abends meldete: „Der König hat gestern und heute keine Vorträge entgegengenommen“, so muß die heute verlesene allerhöchste Botschaft entweder gestern Abends spät oder erst heute früh vollzogen sein; auf die letztere Eventualität deutet auch der Umstand hin, daß der Minister-Präsident erst so spät den Präsidenten des Hauses benachrichtigte. Herr v. Bismarck sah übrigens gestern und heute sehr leidend aus.

[Die Adresse.] Die „Berl. A. Z.“, das Organ der Ultraliberalen, schreibt: „Die allerhöchste Botschaft erfordert eine Antwort; an der Opportunität einer Adresse ist also nicht mehr zu zweifeln. Wer die Haltung der Regierung in den letzten Wochen aufmerksamer beobachtet hat, muß sich überzeugen haben, daß innerhalb derselben in den wichtigsten Fragen erhebliche Meinungsverschiedenheiten obwalten. Das herrschende System hat nicht mehr das Gefühl der Sicherheit, und eine Aenderung desselben fällt in die Grenzen des Möglichen. Auf der andern Seite greift der Radikalismus, und zum Theil in sehr bössartigen Formen, immer weiter um sich, und je länger die gegenwärtigen Zustände dauern, desto tiefer wird er sich in's Mark des Landes einfrassen. Im gegenwärtigen Hause der Abgeordneten ist dieser Radikalismus gar nicht, oder äußerst gering vertreten. Das gegenwärtige Haus ist noch im Stande, eine Majorität zu bilden, die zugleich liberal und conservativ ist, d. h. fähig, die Desorganisation zu bekämpfen. Wenn sich die ultraliberale Partei von der Adresse ausschließt, wird die Bildung einer solchen Partei sehr erschwert; es wird zugleich die Wirkung auf Sr. Majestät sehr beeinträchtigt.“

[Zusendung an Herrn v. Bismarck.] Dem Ministerpräsidenten Herrn v. Bismarck ist gestern ein Schreiben zugegangen, welches die Unterschrift trägt: „Die Warschauer Hener-Commission“. Das Couvert war mit dem Poststempel „Dilectissimae bei Thorn“ versehen. Mit diesem Schreiben erhielt Herr v. Bismarck einen zierlichen Holzschnitt, in welchem sich ein Strang befand, zu dem der Empfänger verurtheilt. Dieser Strang, ganz kunstgerecht hergerichtet, ist mit einer schwarz-weißen Schleife decorirt.

[Endlich!!] Die „Kreuztg.“ schließt ihren heutigen Leitartikel mit den Worten: „Unserer Ueberzeugung nach kann die Regierung, wenn Sr. Maj. dem Könige von der Kammer wirklich angenommen wird, die Adresse anzunehmen, keine andere Antwort ertheilen, als die Kammer sofort und ohne Weiteres schließen. Wie die Dinge heute liegen, ist das längere Verhandeln mit ihr nicht bloß resultatlos — es ist verderblich.“ Darnach steht denn doch endlich heute oder morgen die von und längst herbeigesehnte Auflösung zu erwarten.

[Der Nationalfonds vor dem Obertribunal.] Der Criminalsenat des Obertribunals verhandelte gestern in Sachen der Sammlungen für den sogenannten Nationalfonds. Es lag der Fall aus Breslau vor und der aus Götting, wo beide frühere Instanzen freigesprochen hatten. Das Obertribunal hat in beiden Fällen auf Schuldig erkannt und diejenigen, welche zu den Sammlungen aufgefordert hatten, verurtheilt.

K. C. Berlin, 21. Mai. [Durch die heute im Hause der Abgeordneten verlesene königliche Botschaft] hat das Staatsministerium den Ueberraschungen, die es dem Hause seit einiger Zeit bereitet, eine neue und — man darf wohl sagen — äußerste hinzugefügt. Das Gericht von einer königl. Botschaft ging schon gestern. Was man sich über den Inhalt erzählte, wich von einander ab, aber alle Versionen gingen von der Voraussetzung aus, die Person und die Willenserklärung Sr. Majestät des Königs dürfe, könne und werde von dem Staatsministerium in den vorliegenden Streit nur in dem Sinne hineingezogen werden, daß eine Auslegung stattfindend, ein versöhnlicher Ausweg sich bieten solle. Denn wenn auch das herrschende System längst dadurch gekennzeichnet ist, daß es, um seinen Krieg gegen das Land zu führen, die Person Seiner Majestät unabhängig exponirt, so erschien es doch unmöglich, daß in einen Streit um die Hausordnung der Volksvertretung der König hineingezogen werden könne, außer als Beschöner und Friedensstifter.

Das Staatsministerium hat auch hier wieder eine Unmöglichkeit möglich gemacht. Durch Europa wird die Kunde gehen, daß der Herrscher Preußens Minister hat, die in einem Streite um die Auslegung der Geschäftsordnung seines Abgeordnetenhauses ihren König zur Partei machen. Wo in der Welt eine Erinnerung an den Staat Friedrichs des Großen lebt, da wird man dies nicht verstehen, und wo ein Interesse für den Staat Friedrichs des Großen ist, da wird man es beklagen. Der jetzige Ministerpräsident hat vor einer Reihe von Jahren geäußert, die preussische Unterparthei habe noch eine große Zukunft. Vielleicht hat sie das außerhalb des Landes, irgendwo in der Ferne, wo sie ihre Kräfte veruchen mag. Der Staat Preußen hat unter ihrer Herrschaft in der Gegenwart das kümmerlichste Dasein und eine Zukunft gar nicht.

[Die Adreßcommission] trat heute eine Stunde nach der Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Gradow zusammen. Der Präsident hatte das Staatsministerium davon benachrichtigt, es war aber nicht einmal eine Antwort erfolgt. Bei der Discussion ergab sich sofort, daß die Minorität, welche bisher gar keine Adresse wollte, nunmehr nach dem Eingehen der königlichen Botschaft ihren Widerspruch gegen eine Adresse überhaupt fallen ließ. Die betreffenden Mitglieder wünschten indes, die zu erlassende Adresse solle sich möglichst auf die innere Lage des Landes beschränken und an den neuesten Conflict, speciell an die königliche Botschaft anknüpfen. Daß die betreffenden Abschnitte des Adreßentwurfes jetzt, nach der königlichen Botschaft, geändert werden müssen, darüber bestand natürlich Einstimmigkeit; übrigens scheint die Majorität den bisherigen Entwurf als Grundlage festhalten zu wollen und nur geneigt, denselben noch zu vereinfachen und zu kürzen. Nach einer fast dreistündigen Discussion wurde die Einsetzung einer Subcommission von 5 Mitgliedern beschloßen, welche das unbeschränkte Mandat erhielt, die der veränderten Sachlage entsprechenden Vorschläge zu machen und den veränderten Entwurf vorzulegen. Diese Subcommission besteht aus den Abgeordneten v. Unruh als Referent, Birchow und Gneist als Antragsteller; gewählt wurden die Abgeordneten Schulze (Delitzsch) und Richter. Das Resultat ihrer Vorberatung wird die Subcommission heute Abend um 7 Uhr der Adreßcommission vorlegen.

Daß in der Adreß-Commission das Staatsministerium vollkommen unvertreten war, ist zwar nur eine verhältnismäßige Kleinigkeit bei der jetzigen Lage; es verdient aber doch hervorgehoben zu werden, daß es bei den heutigen Verhandlungen darauf ankam, welchen Einfluß die königl. Botschaft auf die Commission und das Haus haben würde und daß es daher den Ministern doch wohl angestanden haben müßte, die Willenserklärung ihres königl. Herrn zu unterstützen und zu vertheiligen.

Als die natürliche Folge der königl. Botschaft gilt in Abgeordnetentreifen

ein baldiger Schluß oder Abschluß der Session; der letzte Satz namentlich kann kaum anders gedeutet werden, als daß das Abgeordneten-Haus sich einfach den Ansprüchen des Staatsministeriums fügen soll und daß, wenn dies nicht geschieht — und sicher wird es nicht geschehen — das Ende der parlamentarischen Dinge da ist.

Posen, 21. Mai. [Dispositionstellung.] So eben geht uns die Nachricht zu, daß Herr Oberpräsident Horn von heute ab zur Disposition gestellt worden ist.

[Frankowöl.] der frühere Chef des Nationalcomité's, Schwager des verurtheilten Nicolaus Gypstein, ist, wie uns heute versichert wird, aus der Citadelle in Warschau als Soldat verkleidet, entsprungen. (Ndb. 3.)

Memel, 18. Mai. [Nachwahl.] Bei der heute in Preßburg abgehaltenen Wahl eines Abgeordneten für die Kreise Memel und Geydetrug war nur etwa die Hälfte der Wahlmänner anwesend. Von den abgegebenen Stimmen erhielt Dr. Ziegler aus Bertuliskien bei Memel 1 Stimme, Oberstschmeister Beerbohm aus Zeilenhof bei Kinten 35, die übrigen 172 der Apotheker Zacher aus Memel. Der Gewählte gehört zur Fortschrittspartei. (N. S. 3.)

Oesterreich.

Wien, 20. Mai. [Preußen und die Congressidee.] Die officielle „Gen. Corresp.“ schreibt: Berliner Stimmen, die officiös klingen, treten in verschiedenen deutschen Blättern mehr oder weniger bestimmt mit folgender Argumentation auf: Preußens Lage sei keineswegs eine hilfsbedürftige, denn es brauche ja nur, was es leicht könne, auf die Congressidee einzugehen und seine momentane Isolirung würde sofort ein Ende nehmen; noch mehr, es liege sogar in Preußens Hand, mit Oesterreich die Rollen zu wechseln, indem es sich einem etwa von Frankreich und Rußland mit Regierungen zweiten und dritten Ranges, trotz des Widerpruches Oesterreichs und Englands, verwirklichten Congress angeschlossen. — Abgesehen nun davon, daß, wie die „Ndb. 3.“ dieser Argumentation und hierdurch dieselbe vernichtend hinzufügt, von der Gerechtigkeit Frankreichs, die Congressidee auch selbst partiell zu verwirklichen, gar nichts bekannt ist, so würde überhaupt genügen zu sagen: daß der europäische Congress oder nur die Conferenz ad hoc in dem Augenblicke unmöglich geworden ist, wo England und Oesterreich sich dagegen erklären. Ein solcher partieller Congress würde weder zur Lösung der polnischen noch irgend einer anderen Frage beitragen, höchstens zu einer Steigerung der Wirren. Die ganze Argumentation beruht auf einem Fundamentalirrtum in der Auffassung der politischen Situation und enthält nicht das leiseste Element, was geeignet wäre, auf dem Wege gleichsam eines gegen das österreichische Cabinet gerichteten Schreckschusses zu der Verständigung zwischen den beiden deutschen Großmächten beizutragen.

Wien, 21. Mai. [Oesterreich und der Zollverein.] Die „Presse“ schreibt: Wie wir hören, ist die preussische Regierung — aber nicht von Wien aus — in vertraulicher Weise verständigt worden, daß weder Oesterreich noch die süddeutsche Zollvereinsgruppe eine sofortige vollständige Verschmelzung der beiden Zollgebiete, sondern zunächst nur die größtmögliche Erweiterung des Februar-Vertrages vom Jahre 1853 im Auge habe, daß aber für die darauf abzielende Verhandlung allerdings unbedingt die Priorität beansprucht werden müsse, bevor über den preussisch-französischen Handelsvertrag zu entscheiden sei. Hinzugefügt wird, daß Württemberg bereits seine Absicht kundgegeben habe, für den Fall der beharrlichen Weigerung Preußens, auch in diese Verhandlung einzutreten, den Antrag zu stellen, daß noch die jetzt versammelte Zollvereinsconferenz zur Einleitung der Maßregeln instruit werde, um die Fortsetzung des Zollvereins eventuell ohne das ausschließende Preußen zu ermöglichen.

Frankreich.

Paris, 18. Mai. [Die polnische Frage. — Brief König Wilhelms.] In den Unterhandlungen, welche zwischen den Kabinetten von Wien, London und Paris in Betreff der polnischen Frage geführt werden, sind zwei verschiedene Strömungen zu notiren, welche indessen sich wesentlich ergänzen. Die eine nimmt Bezug auf Herbeiführung eines Waffenstillstandes, die andere auf den Zusammentritt einer Conferenz. Was die erstere betrifft, so giebt das „Memorial diplomatique“, dessen officiös österreichische Tendenzen bekannt sind, die folgenden Vorschläge, welche am 8. Mai von dem englischen Cabinet nach Wien und Paris gesandt worden sind, um eine Verständigung der drei Mächte untereinander herbeizuführen, und eine Lösung der poln. Frage anzubahnen: 1) Abschluß eines Waffenstillstandes auf 1 Jahr. 2) Zuneigung der in Polen belegenen Festungen durch die russischen Truppen. 3) Sofortige Herstellung einer polnischen Verwaltung. 4) Weder Verhaftung noch Verurtheilung eines bei der letzten Erhebung beteiligten Individuums. — Gleichzeitig ist das österreichische Cabinet mit einem anderen Vorschlage hervorgetreten, welcher 1) eine thatächliche Amnestie, 2) eine nationale Vertretung nach Art des galizischen Provinzial-Landtags, 3) Autonomie der Verwaltung, 4) vollständige Cultusfreiheit, 5) die Einführung der polnischen Sprache als Unterricht- und Verwaltungssprache umfaßt. — Die englischen Vorschläge sind indessen, obwohl anfänglich von der französischen Regierung acceptirt, wegen der Unmöglichkeit, Rußland zu einer Bewilligung des Waffenstillstandes zu veranlassen, fallen gelassen worden, was vollständig mit meinen früheren Mittheilungen übereinstimmt. Dagegen ist man, wie das „Mém. diplomat.“ weiter meldet, augenblicklich französischerseits in Unterhandlungen, um eine stillschweigende Niederlegung der Waffen herbeizuführen, und zwar könne man einen günstigen Erfolg dieser Verhandlungen um so eher hoffen, als Frankreich die Gewißheit einer Annahme der übrigen österreichischen Bedingungen habe. Ich habe alle Veranlassung, die Aufrichtigkeit dieser Nachrichten nicht zu bezweifeln, allein leider ist es nicht möglich, in einer derartigen Befestigung der polnischen Frage die Möglichkeit einer Lösung zu sehen, welche dem französischerseits geäußerten Verlangen entspricht, dauernd die Verhältnisse zwischen Rußland und Polen zu regeln, um eine Wiederkehr jener Erhebungen unmöglich zu machen; diese Betrachtung ist indessen zunächst nur von untergeordneter Bedeutung; worauf es zunächst ankommt, ist, daß die diplomatische Phase nicht ein plötzliches Ende nimmt, und Englands nicht weniger wie Oesterreichs Haltung sind nach den Mittheilungen dieses inspirirten Blattes nicht geneigt, die Hand zu einem aggressiven Schritt zu bieten. Gegenüber diesen Verhandlungen tritt das Bestreben, den Zusammentritt einer Conferenz zu ermöglichen, hervor; daß die Annahme des Waffenstillstandsprojectes die Ausführung dieses Planes wesentlich erleichtert, sie sogar zur Nothwendigkeit gemacht haben würde, liegt auf der Hand. Nichtsdestowen-

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.